

SPD Dransfeld informiert:

Zur Finanzlage der Stadt Dransfeld

Wie viele andere Städte und Gemeinden in Niedersachsen trägt auch die Stadt Dransfeld einen großen Schuldenberg vor sich her. Einerseits werden die Gemeinden nicht ausreichend finanziell ausgestattet, andererseits werden sie richtigerweise angehalten, sparsam zu haushalten.

Die Stadt Dransfeld hatte zum Ende des Jahres 2010 laut Haushaltsrechnung einen Fehlbetrag von etwa 4,6 Mio. Euro. Mit dem Haushalt für das Jahr 2011 wurde auch ein so genanntes Haushaltssicherungskonzept (HSK) im Stadtrat einstimmig beschlossen. Nachdem der Landkreis Göttingen als kommunale Aufsichtsbehörde die Konkretisierung des HSK zur Bedingung für die Genehmigung gemacht hat, ist die Stadtverwaltung angetreten und hat Einnahmemöglichkeiten (z.B. Grundsteuern, Verkauf von Grundstücken und Einrichtungen) und Ausgabenkürzungen (z.B. für Gemeinschaftshäuser) noch einmal detailliert erarbeitet und den zuständigen Ausschüssen zur Beratung vorgelegt.

Die SPD-Fraktion im Stadtrat hat den unabdingbaren Willen zum Sparen und zur Konsolidierung des Haushalts. Deshalb sind wir u.a. für den Verkauf von weiteren Grundstücksflächen, die einerseits den Schuldenstand reduzieren und andererseits Bürgerinnen und Bürger in unsere zweifelsohne attraktive Stadt bringen. Dann macht es auf der anderen Seite keinen Sinn, gleichzeitig die Grundsteuern merklich anzuheben. Die Auswirkungen einer Steuererhöhung auf die ab 2012 geltende Haushaltsführung, der so genannten Doppik, sind zudem für uns noch unklar. Wir lehnen die Erhöhung der Grundsteuer wie im Übrigen auch der Gewerbesteuer ab!

Die Gemeinschaftshäuser sind ohne Mitarbeit und Unterstützung der ortsansässigen Vereine nicht zu halten. Ossenfeld ist hier vorbildlich und hervorzuheben. Lösungen für die Gemeinschaftshäuser in Bördel und Varmissen sowie die „Alte Schule“ in Dransfeld werden zurzeit in Gesprächen der Verwaltung mit den Vertretern vor Ort gesucht.

Der wahre Kern des Haushaltssicherungskonzepts bezieht sich auf die Umwandlung in eine Einheitsgemeinde. Kurz gesagt: das Land bietet den Gemeinden eine Entschuldungshilfe bei freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden. Im Falle der Samtgemeinde Dransfeld zu einer Einheitsgemeinde. Allein die Zinslast könnte sich um weit mehr als 100.000,00 EUR jährlich reduzieren, die Entschuldung könnte bis zu 3,1 Mio. EUR ausmachen.

Wenn wir in Zukunft Anreize für eine Ansiedlung in Dransfeld schaffen wollen und unseren Ort attraktiv halten wollen, führt der Weg für die Stadt Dransfeld nicht an der Bildung einer Einheitsgemeinde und der damit verbundenen Entschuldungshilfe vorbei. Deshalb wird die SPD-Fraktion im Stadtrat für die Bildung der Einheitsgemeinde stimmen.

Es bleibt zu hoffen, dass die finanzielle Ausstattung der Gemeinden durch das Land Niedersachsen und den Bund irgendwann wieder besser werden möge und die Handlungsfähigkeit der Gemeinden wieder deutlich besser wird, ob als Mitglieds- oder Einheitsgemeinde.

Aktuelle Informationen zum SPD-Ortsverein Samtgemeinde Dransfeld finden Sie im Internet unter **www.spd-dransfeld.de**. Dort stellen wir in Kürze unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen ausführlich vor.

Für die SPD-Stadtratsfraktion,

Carsten Rehbein